Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Brieftr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 36 — Mittwoch, 12. Februar — 1919

Die Not der Ostmark.

Wie es heißt, soll der Vielverband sowohl an die deutsche wie an die polnische Regierung eine Note gerichtet haben, in der die Einstellung von Feindseligkeiten von beiden Seiten gefordert wird. Trifft das zu, dann hätte die deutsche Regierung die Pflicht, gegen die Note schärfsten Widerspruch zu erheben, weil es sich von deutscher Seite nicht um Feindseligkeiten, sondern um die Niederwerfung eines Aufstandes innerhalb der deutschen Grenzen handelt. Was würden Balfour und Bonar Law antworten, wenn jemals an die englische Regierung von Briten die Aufforderung gerichtet würde, dem ewigen Krieg in Irland sofort ein Ende zu machen. Selbst die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen haben die Unversehrtheit der deutschen Grenzen im Osten nicht in Frage gestellt. Es hieß damals, daß die deutschen Truppen hinter die Grenzen vom 1. August 1914 zurückgenommen werden sollten. Die Polen haben die Widerstandsunfähigkeit des revolutionären Deutschlands ausgebeutet, indem sie bewaffnete Banden nach Posen und Westpreußen einmarschieren ließen, teilweise auch preußische Polen zum Hoch- und Landesverrat verleiteten. Statt diesen Versuchen von Beginn mit allen Machtmitteln entgegenzutreten, ließ sich die preußische Regierung auf Verhandlungen ein, die schließlich eine verhängnisvolle Entwicklung genommen haben. Hätten wir die Ostgrenze sofort befestigt, keinerlei Uebergriffe der Polen geduldet, so wäre es uns erspart geblieben, daß heute der preußische Staatsbürger Korfanty im Namen des Obersten polnischen Volksrates die gesamte männliche Bevölkerung zu den Waffen ruft, um Posen und andere Landesteile gewaltsam vom Reichskörper zu trennen.

Angesichts der Tatsache, daß die polnischen Banden sich bis zur brandenburgischen Grenze vorgearbeitet haben, wäre die Einstellung der Feindseligkeiten nur eine Anerkennung des polnischen Aufstandes. Bei den Verhandlungen in Berlin ist denn auch verlangt worden, daß auf reichsdeutschem Gebiete keine bewaffneten Truppen bleiben dürfen, die sich dem Obersten polnischen Volksrat verpflichtet haben. Was immer Korfanty heute behauptet, daß der Aufstand der Polen nur ein elementarer Protest gegen jahrzehntelange „Unterdrückung" sei, so wird das widerlegt durch die Erklärungen der leitenden nationaldemokratischen Kreise in Warschau. Es handelt sich um keine Protestbewegung, sondern um den landesverräterischen Versuch, deutsches Gebiet vom Reich zu lösen, um es mit Kongreßpolen zu vereinigen. Die Polen täten besser daran, nicht von Unterdrückung zu reden. Ihre eigene Geschichte kennzeichnet sie als die rücksichtslosen Vergewaltiger fremden Volkstums. Wo immer in der Vergangenheit der weiße Adler der Polen seine Fänge einschlug, stets hatte das die Knechtung der mit Gewalt oder durch List überrumpelten Völker zur Folge. Daher der Haß dieser Völker, der sich durch die Jahrhunderte fortsetzte und heute in den leidenschaftlichen Widerstand der galizischen Ruthenen aufs neue aufgeflammt ist. Posen und Westpreußen sind deutsche Gebiete. Nicht nur kraft des Teilungsvertrages, der dem polnischen Staatselend ein Ende machte, sondern noch mehr auf Grund der Arbeit, die Preußen seit 150 Jahren für die ehemals polnischen Landesteile geleistet hat. Hier ist buchstäblich jeder Fußbreit Boden durch deutsche Kolonisten wieder urbar gemacht worden. Deutscher Gewerbefleiß war es, der aus schmutzigen Lehmdörfern blühende Städte schuf. Das sind die unverjährbaren Rechtstitel, die wir uns auf die Ostmarken erworben haben, ganz abgesehen davon, daß die Herrschaft Polens über Westpreußen sich nur auf einen Treubruch gründete, wie er sich in der Geschichte Polens wiederholt ereignete.

Korfanty hat uns den Fehdehandschuh hingeworfen. Sein Aufruf ist nicht nur widerwärtig wegen seiner Heuchelei, sondern auch ein Prunkstück des polnischen Größenwahns. Der Oberste polnische Volksrat will Krieg gegen Deutschland, obschon den Polen die bolschewistische Gefahr im Nacken sitzt. Hier aber beginnt die Frage zu einer europäischen Angelegenheit zu werden. Das von revolutionären Leidenschaften zerfressene Polen kann niemals Damm und Schutzwehr gegen die Sowjettruppen sein. Diese würden über Kongreßpolen hinwegschwemmen und ihre Kalmücken so weit vortreiben, als nur immer der polnische Adler herrscht. Die Abriegelung gegen die Bolschewiki muß die Aufgabe des deutschen Grenzschutzes sein, der hinter sich keine bewaffneten polnischen Banden dulden darf. Wir erwarten von der Nationalversammlung in Weimar, daß sie die Regierung zu Taten im Osten veranlaßt. Dazu wird die Kundgebung dienen, die die Abgeordneten der Ostmark für eine der nächsten Sitzungen der Nationalversammlung planen. Es handelt sich dabei um eine Frage auf Leben und Tod der deutschen Ostmark. Wenn unsere Gegner in Paris sehen, wie lässig wir den deutschen Grenzschutz betreiben, so muß sie das dazu anspornen, die alten preußischen Provinzen der Habgier der Ostvölker auszuliefern.

Die militärische Lage im Osten.

Berlin, 10. Februar. (Dr.) Ueber die militärische Lage im Osten wird u. a. mitgeteilt: In allen Abschnitten Zusammenstöße mit den Polen. Bei **Rawitsch** wurden die noch in Feindeshand verbliebenen Dörfer **Sarne** und **Sarnowke** genommen. Neudorf, Miroslaw und Hohenort wurden von uns besetzt. Der letzte Brückenkopf bei **Steinburg** südlich Nakel wurde von den Polen genommen. Südwestlich **Bromberg** wurden unsere Truppen hinter den oberen Netzekanal zurückgenommen.

Bromberg, 11. Februar. (Dr) Amtlich. Der Bromberger Tagesbericht lautet: In allen Teilen unseres Abschnittes rege Patrouillentätigkeit. Polnische Angriffe bei **Josephinen** und **Elsendorf** wurden abgewiesen.

Erweiterung des Belagerungszustandes von Culmsee.

Danzig, 11. Februar. (Dr.) Auf Antrag der 35. Inf.-Division ist der Belagerungszustand, der aufgrund der Vorgänge vom 28. 1. über Culmsee verhängt werden mußte, auch auf einzelne Ortschaften der Gegend Culmsee ausgedehnt worden. Es sind das die Orte Ostichau, Bruschno, Biskupitz, Eichenau, Gut Nawra, Glauchau, Herrmansdorf, Lippowitz, Steinau und Tillitz. Die Division hat in diesen Grenzgebieten durch die feindselige Haltung der Polen, die u. a. Fernsprechleitungen zerstören und den Truppen bewaffneten Widerstand entgegensetzen, nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden.

Gesamtergebnis der Wahlen zur polnischen Nationalversammlung.

Berlin, 10. Februar. (Drahtnachricht). „Dziennik Kusawski" Nr. 29 vom 6. 2. bringt nach dem Warschauer „Kurjer Polski" folgendes Gesamtergebnis der Wahlen zur polnischen konstituierenden Versammlung aus Kongreßpolen:

Vereinigte Anhänger der Nationaldemokratie 166, andere demokratische Vertreter, die mit der Nationaldemokratie zusammenhängen 91, der Nationalarbeiterbund 8, die Arbeitergruppen des Geistlichen **Blizinski** 11, die Volksparteiliche Gruppe **Witos** 2, Wilde 8, die Volksparteiler **Thugutts** 32, die P. P. S. 13. Juden 8, Deutsche 2. Unter den Gewählten befinden sich 2 Frauen. Nach den Berufen sind gewählt 79 Kleinbauern, 3 Wirtschaftsbeamte, 14 Arbeiter, 8 Handwerker, 5 Volksschullehrer, 14 Gymnasiallehrer, 12 Schriftsteller, 3 Industrielle, 11 Geistliche, darunter der Erzbischof **Todorowicz**-Lemberg, 2 Rabbiner, 7 Rechtsanwälte, ein Musiker (Paderewski), 6 Ingenieure, 7 Aerzte, 6 Privatbeamte, 3 Staatsbeamte, 4 Großgrundbesitzer und 5 Professoren.

Sitzungsbericht der deutschen Waffenstillstandskommission vom 9. 2.

Berlin, 10. Februar. (Dr) General Nudant erklärte sich auf die gestrige deutsche Anfrage hin bereit, einzelne Fälle zu untersuchen, in denen deutsche Offiziere und Soldaten nach dem 11. 11. 18 beim deutschen Rückzug **versehentlich** in Gefangenschaft geraten sind.

Die deutsche Bitte, die Absperrungsmaßregeln im Brückenkopf **Mainz** zu mildern, wurde abschlägig beschieden. Die deutsche Kommission bat um nähere Mitteilung über die Zahl der aus dem Schwarzen Meergebiet bereits abtransportierten deutschen Truppen und über den Zeitpunkt ihrer Ankunft in Deutschland. Die deutsche Regierung ließ den alliierten Kommissionen auf Anfrage mitteilen, sie werde den Bulgaren in Deutschland kein Hindernis in den Weg legen, in ihre Heimat zurückzukehren.

Die deutsche Kommission hatte die Entente um Aufklärung über den Verbleib von 5 deutschen Schiffen gebeten, die französische Kriegsgefangene nach Frankreich gebracht haben, aber nicht zurückgekehrt sind. Dazu erklärte der französische Vorsitzende heute, daß beschlossen worden sei, diese Schiffe in **Brest** und **Cherbourg** zurückzuhalten, bis sie gemäß dem Abkommen über die deutschen Handelsschiffe von den Alliierten benutzt werden können.

Die Lage im Osten.

Berlin, 10. Februar. Ueber die Lage wird u. a. gemeldet:

Das Armee-Oberkommando Nord: Bei einem erfolgreichen Vorstoß im **Windau**-Abschnitt wurde **Tyrkschle** von uns genommen. Nachrichten zufolge soll die deutsche Besatzung von Windau bei der Eroberung der Stadt durch die Bolschewisten restlos niedergemacht und eine Anzahl deutscher Kolonisten in **Goldingen** erschossen worden sein.

Armee-Oberkommando Süd: In allen Abschnitten für uns erfolgreiche Gefechte.

5. Armeekorps: Ein feindlicher Vorstoß bei **Rawitsch** wurde abgewiesen.

2. Armeekorps: Südwestlich **Margonin** griffen die Polen in Stärke von 2 Kompanien das Dorf **Radwonke** an, das hierbei verloren ging. Es wurde später mit Artillerieunterstützung wieder von uns genommen. Eine Räumung der von uns noch besetzten Teile des russischen Gebietes und der Bahn Kowel-Brest-Litowsk ist bis hart südlich Brest-Litowsk durchgeführt.

Westlich von Brest-Litowsk wurde ein starker polnischer Ueberfall abgeschlagen dank der ausgezeichneten Haltung der 3. Kompanie des Freiwilligen-Bataillons 44. Das 22. Reservekorps, das bisher in Brest-Litowsk lag, hat das Kommando an die 22. Landwehr-Division abgegeben und wird nach Heimat abtransportiert.

Aus dem Obersten Kriegsrat der Entente.

Paris, 16. Februar. (Dr.) Havas. Der diplomatische Situationsbericht meldet u. a.: Heute tagte nur die Kommission für den Völkerbund. Montag wird der Oberste interalliierte Kriegsrat voraussichtlich die Prüfung der Bedingungen abschließen, die in das Waffenstillstandsabkommen eingefügt werden sollen. Freitag und Sonnabend prüfte der Oberste Kriegsrat die Frage der Demobilisation und Abrüstung Deutschlands, um diesem die Wiederaufnahme von Feindseligkeiten unmöglich zu machen. Die Alliierten fordern eine Bestandsangabe über das Kriegsmaterial, das in Deutschland vorrätig bezw. sich in den Fabriken in Arbeit befindet. Es ist wahrscheinlich, daß der Oberste Kriegsrat die Auslieferung größerer Mengen Kriegsmaterials fordern wird. Wenn der Waffenstillstand nicht vor dem 18. Februar unterzeichnet werden kann, wird das jetzige Abkommen um einige Tage verlängert.

Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 8. Februar.

Der französische Vorsitzende macht bekannt, daß der französische General **Dupont** beauftragt ist, sich im unmittelbaren Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern in Berlin zwecks Heimführung derjenigen elsaß-lothringischen Zivilpersonen zu befassen, die während des Krieges zwangsweise ihre Heimat verlassen mußten. Die Rückkehr der Elsaß-Lothringer, die bereits vor dem Kriege ihr Land verlassen haben, kann auf ihren Wunsch von dem französischen Konsul in Berlin, Herrn **Gregori**, vermittelt werden.

Der **belgische Vertreter** bittet um Uebersendung der Listen, in welchen die in den Lagern der Zivilarbeiter und der Zivil- und Kriegsgefangenen vorgekommenen Todesfälle und Unfälle enthalten sind.

General von **Hammerstein** überreicht folgende Note: Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission hatte in früheren Anfragen, die zum Teil bis zum 31. November 1918 zurückgreifen, gebeten. Nachforschungen darüber anzustellen, ob nicht nach dem 11. November beim Rückzug der deutschen Truppen, deutsche Offiziere und Soldaten versehentlich in Gefangenschaft geraten seien. Gegebenenfalls wäre ihre Freilassung zu veranlassen. Die in den letzten Tagen übermittelten französischen Noten geben nur eine Aufklärung über bestimmte Einzelfälle, ohne den Kern der Frage zu treffen. Es wird daher angefragt, ob noch eine Antwort auf die deutsche Anregung beabsichtigt ist. General **Nudant** wird auf diese Frage zurückkommen.

Nach dem übermittelten Text des Straßburger Abkommens dürfen die in Straßburg wohnenden Familien der deutschen Beamten, Offiziere, Unteroffiziere usw. in ihren Dienstwohnungen ungehindert wohnen bleiben, bis ein Abtransport ihres Besitzes möglich ist. Deutscherseits wird angesichts der auffälligen Verletzung des von französischen Bevollmächtigten unterschriebenen Vertrages die Anforderung des Schadenersatzes vorbehalten.

Der Vertreter der deutschen Regierung übergibt dem General Nudant den Wortlaut der deutschen Verordnung, in welcher die Ablieferung von in Frankreich und Belgien während des Krieges beschlagnahmten Betriebseinrichtungen verlangt wird. Alsdann bittet er noch um Erledigungen verlangt wird. Alsdann bittet er noch um Erledigung einer deutschen Anfrage betreffend die Anwendung des französischen Zolltarifs auf den Warenverkehr zwischen der Schweiz und Elsaß-Lothringen.

Clemenceau über Deutschlands Uebergewicht gegen Frankreich.

Paris, 10. Februar. (Drahtnachricht.) Havas. **Clemenceau** gab einem Vertreter der „Associated Preß" u. a. folgende Erklärungen ab:

Es gab nicht nur einen Traum der militärischen Herrschaft Preußens, es gab auch einen fest angelegten Plan zur Vernichtung Frankreichs, sowohl in kommerzieller und industrieller als auch in militärischer Hinsicht. Es ist schwer, die Industrie Frankreichs wieder ins Leben zu rufen. Deutschland dagegen hat seine Werke in Ordnung und kann sie sofort wieder in Betrieb setzen. In kommerzieller und industrieller Hinsicht ist Deutschland gegenüber Frankreich Sieger geblieben. Die deutschen Kriegsschulden sind infolge der Blockade durchschnittlich inländische. Ihre Zahlung kann leicht verweigert werden. Frankreich dagegen muß seine Schulden bezahlen. Frankreichs Guthaben im Auslande betrugen 50 bis 60 Milliarden Frs., von denen im günstigsten Falle 2 bis 3 Milliarden hereinkommen können.

Die gegenwärtige militärische Lage hat etwas Beunruhigendes. Zwar haben die Alliierten die deutsche Marine beschlagnahmt und den Feind entwaffnet, aber er kann aus dem chaotischen Rußland Hilfe beziehen, und so könnten für Frankreich neue Gefahren entstehen, wenn nicht **Wilson** seine Zusicherungen gegeben hätte. Alle unsere Pläne bauen sich auf den Prinzipien auf, die Wilson verkündet hat. Wir setzen unser ganzes Wissen

und Können zur Schaffung einer besseren Welt ein, damit die ganze Welt in Gerechtigkeit leben kann.

Zur Lebensmittellieferung der Amerikaner an Polen.

Berlin, 11. Februar. (Dr.) Der amerikanische Vertreter in Spaa hat nunmehr der deutschen Waffenstillstandskommission die Erklärung abgegeben, daß Oberst Grove, der Leiter der amerikanischen Lebensmitelkommission in Polen, sich völlig neutral verhalten werde. Grove sei außerdem angewiesen worden, gegen jeden Versuch der polnischen Mitglieder der Lebensmittelkommission streng einzuschreiten. Die Namen der polnischen Mitglieder sollen der deutschen Regierung noch mitgeteilt werden.

Berlin, 10. Februar. (Dr.) Die Eisenbahndirektion Danzig telegraphiert an den Arbeitsminister, daß das Generalkommando Danzig nicht in der Lage ist, die unbedingt notwendigen Wachtmannschaften zum Schutze der nächsten Montag oder Dienstag für Polen eintreffenden 3 Dampfer mit Lebensmitteln zu stellen. Das Generalkommando bat um Stellung amerikanischer Truppen. Der Vertreter der amerikanischen Kommission hält die deutsche Regierung für verpflichtet, für ausreichenden Schutz zu sorgen. Die Eisenbahndirektion bittet um schleunige Ueberweisung zuverlässiger Truppen.

Ablehnung der deutschen Forderungen durch die Polen.

Berlin, 8. Februar. (W. T. B.) Durch die am 7. Februar in der Presse bekanntgegebene Mitteilung ist dem Obersten polnischen Volksrat gegenüber die Einstellung aller Kampfhandlungen an die Vorbedingung geknüpft worden, daß keine bewaffneten Formationen auf reichsdeutschem Gebiet verbleiben dürfen.

Hierauf ist der preußischen Regierung heute nachstehende Antwort des Obersten polnischen Volksrats zugegangen:

„Aus allgemeinen Menschlichkeitsrücksichten haben wir Ihnen Einstellung von Geiselpolitik, Repressalien, Einstellung von Luft- und Gasgiftangriffen u. schließlich zwecks Vermeidung unnützen Blutvergießens Einstellung von Kampfhandlungen vorgeschlagen. Wir haben, gleichzeitig niemals den Standpunkt verlassen, daß wir Entscheidungen des Friedenskongresses nicht vorgreifen wollen. Unsere Bewegung war elementarer Protest des Volkes gegen jahrzehntelange Unterdrückung, gegen Nichtaufhebung von Ausnahmevorschriften und Nichtabberufung von hakatistischen Beamten, gegen Greuel demoralisierter Grenzschutzbanden. Während unserer Berliner Verhandlung bewiesen Sie volle Geneigtheit zum Abschluß von Waffenstillstand und weiterer Verhandlungen. Entgegen getroffenen Vereinbarungen machen Sie Abschluß von Waffenruhe abhängig von Auflösung unserer bewaffneten Formationen. Wir lehnen diese Forderung kategorisch ab. Unsere Formationen sind ein Schutz unserer Heimat gegen disziplinlosen Grenz- und Heimatschutz u. eventuelle Kampftruppen gegen russischen Bolschewismus, weisen Ihnen alle Verantwortlichkeit für ferneres Blutvergießen zu und rufen gesamte männliche Bevölkerung zur Verteidigung von Weib und Kind, Haus und Herd auf".

Oberster polnischer Volksrat.
Korfanty. Poszwinski.

Das W. T. B. bemerkt dazu:

„Diese Antwort ist ein Kabinettstück polnischer Entstellungskunst. Mit Worten beteuern die Polen immer wieder, den Entscheidungen des Friedenskongresses nicht vorgreifen zu wollen. Ihre Taten, ihre planmäßige Entfesselung und Durchführung des Aufruhrs stehen im schroffsten Gegensatz zu diesen Worten. Die preußische Regierung hat mit ihrer Forderung nur das verlangt, was nach der klaren Rechtslage ihre selbstverständliche Pflicht war. Was die Polen zu Verhandlungen nach Berlin trieb, waren weniger Rücksichten der Menschlichkeit als vielmehr bittere wirtschaftliche Not. Sollten die polnischen Gewalthaber um ihre Macht zittern und es deshalb nicht wagen, den von preußischer Seite gewiesenen Weg zur Einstellung des Blutvergießens zu betreten?"

Die Vergewaltigung Deutschlands.

Nach und nach erpressen sich unsere Gegner in den Verhandlungen über den Waffenstillstand so viel, daß ihnen für den Friedensvertrag nichts mehr übrig bleiben kann. Es ist ein Hohn auf den völkerrechtlichen Begriff des Waffenstillstandes, daß er in seiner Anwendung auf die Erdrosselung des Besiegten hinausläuft. Die Gegner haben kein Recht, uns die Friedensschlüsse von Brest und Bukarest vorzuwerfen, denn sie waren es, die durch die Ablehnung der Teilnahme an den Beratungen in bewußter Absicht verhinderten, daß diese Friedensschlüsse tatsächlich solche der Verständigung und des Ausgleichs wurden. So war Deutschland gezwungen, sich im Osten unter allen Umständen zu sichern, um den Krieg im Westen weiterführen zu können. Bisher haben wir durch den Waffenstillstand so viel Lasten auferlegt erhalten, daß beispielsweise England und Frankreich schon zusammengebrochen wären, hätte ihnen ein siegreicher Gegner Gleiches aufgezwungen. Weil Deutschland aber noch nicht so weit ist, deshalb soll es von neuen und härteren Schlägen getroffen werden. Wir schreien nicht nach Wilson, denn es ist schließlich die Sache des Präsidenten, mit welchen politischen Mitteln er seine Grundsätze Wirklichkeit werden lassen will. Auf Alle Fälle aber wird die Methode des Vielverbandes im deutschen Volke unvergessen bleiben. Zumal der Oberste Kriegsrat in Versailles darin übereingekommen sein soll, die Waffenstillstandsschraube noch schärfer anzuziehen. Die Pariser Hetzpresse hatte also eine richtige Witterung, als sie die neuen Demütigungen für Deutschland ankündigte. Nun soll die Demobilmachung in Deutschland überwacht werden, was nichts anderes heißt, als die zeitweise Besetzung des ganzen Reiches. Denn unter diesem Vorwand können Militärmissionen der Verbündeten in Königsberg sowohl wie in München und Breslau errichtet werden. Weiter ist eine Aufsicht über die Kriegsindustrie geplant, worunter besonders die Kruppwerke in Essen zu verstehen sind. Feindliche Staatsangehörige, Ingenieure und Werksleiter werden sich also in deutsche Fabriken einnisten, deren Geschäftsgeheimnisse untersuchen, um so eine neue Wirtschaftswaffe gegen Deutschland zu erhalten. Es gibt eine Grenze der Geduld. Wenn die Gegner den Frieden wollen, der eine neue, der Arbeit gewidmete Gemeinschaft der Völker zu bringen bestimmt ist, so mögen sie den allgemeinen Friedenskongreß endlich eröffnen. Wenn sie es aber nur auf eine Teilung der Beute abgesehen haben, ist es besser, sie schenken klaren Wein ein

Die Präsidentenwahl in der deutschen Nationalversammlung.

Die Präsidentenwahl in der deutschen Nationalversammlung ist vollzogen. Alle großen Parteien sind im Präsidium vertreten.

Der Präsident der Deutschen Nationalversammlung, Dr. David, einer der wirksamsten Vertreter des revisionistischen Flügels der Sozialdemokratie, wurde am 11. Juni 1863 zu Ediger an der Mosel geboren. Er ist also jetzt 55 Jahre alt. Er studierte Philologie, war auch einige Jahre Lehrer am Gymnasium in Gießen, ging aber später zur Schriftstellerei über. Dem Reichstage gehörte er von 1913 bis 1918 an. Gegenwärtig ist er Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. Er ist gewählt im 34. Wahlkreis (Hessen).

Die Vizepräsidenten wurden zuletzt bereits im alten Reichstag ohne Rangordnung gewählt. Diese gute Uebung hat man auch in der Nationalversammlung beibehalten. Der Zentrumsführer Fehrenbach, der Präsident des alten Reichstages (seit dem 8. Juli 1918), der wiederholt dessen Recht gegenüber der revolutionären Regierung vertreten hat, gehört dem demokratischen Flügel seiner Partei an. Bekannt ist heute noch seine Rede, die er seinerzeit zum Fall Zabern gehalten hat. Er ist am 11. Januar 1852 zu Wellendingen im badischen Amt Bonndorf geboren, hat also ein Alter von 67 Jahren, das man ihm allerdings kaum ansieht. Seit 1903 hat er dem deutschen Reichstage angehört.

Conrad Haußmann ist einer der bekanntesten und populärsten Führer der deutschen Demokratie. Auch ihm sieht man seine 61 Jahre (er ist am 8. Februar 1857 in Stuttgart geboren, feierte also am letzten Sonnabend seinen Geburtstag) nicht an. Er errang schon sehr bald nach seinem Eintritt in den Reichstag im Jahre 1890 eine führende Stellung, zuerst in seiner Fraktion der süddeutschen Demokratie, dann später in den geeigneten Parteien der bürgerlichen Linken. Er nahm besonders zu allgemein politischen Fragen, sowie zu den Fragen der auswärtigen Politik und der Verfassung Stellung. Seine schlagfertigen, von Geist und Witz sprühenden Reden fanden stets das Ohr des Parlaments. In der kurzen Aera des Prinzen Max war er Staatssekretär ohne Portefeuille. Die württembergische Fraktion der deutschen demokratischen Partei wählte ihn am 12. Januar 1919 zu ihrem Vorsitzenden.

Der Abgeordnete Dietrich-Potsdam ist seines Zeichens Rechtsanwalt in Prenzlau. Er entstammt der Uckermark. Dort wurde er am 11. Mai 1856 in Schmargendorf geboren. Dem preußischen Abgeordnetenhause und dem deutschen Reichstage gehörte er von 1898 bis 1918 als Mitglied der konservativen Partei an. Seit 1910 ist er Vorsitzender des Generalverbandes der landwirtschnftlichen Genossenschaften Deutschlands.

Deutsche Nationalversammlung in Weimar.

(Funkentelegraphischer W. T. B.-Bericht der Reichsfunkbetrieb-Verwaltung in Berlin über die Nationalversammlung in Weimar übermittelt durch die Funkenstation in Thorn.)

Weimar, den 10. Februar. Präsident David verlas bei Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung auf Bitte einiger Abgeordneter eine Mitteilung, worin diese Abgeordneten, die Leipzig erst heute 11 Uhr vormittags verlassen hatten, erklären, daß die Gerüchte, die über einen Aufruhr in Leipzig verbreitet seien, unbegründet sind. Es streiken nur die Leipziger Schutzleute und Feuerwehrleute, die eine Aufbesserung ihrer Löhne fordern.

Auf der Tagesordnung stand sodann die 2. und allenfalls 3. Beratung des vorläufigen Verfassungsentwurfs. Zur zweiten Lesung sind mehrere Anträge seitens der deutsch-nationalen Volkspartei und der unabhängigen Sozialisten eingegangen, die, da noch nicht gedruckt, verlesen wurden. Bayrische Gesandte erklärten im Auftrag der Regierungen Bayerns, Württembergs und Badens, daß diese Regierungen von der Voraussetzung ausgehen, daß durch Annahme des Gesetzentwurfes die Entscheidung über Sonderrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorweggenommen würde.

Volksbeauftragter Ebert erklärte, die Reichsregierung stimme dieser Auffassung zu. Namens der Sozialdemokratischen Fraktion gab Loebe die Erklärung ab, daß die Fraktion von der Notwendigkeit der raschen Verabschiedung des Gesetzes durchdrungen sei, und sich entschlossen habe, ihre erheblichen Bedenken gegen die in den Paragraphen zwei und vier, Absatz zwei, enthaltenen Bestimmungen zurückzustellen. Nur unter Zwangsverhältnissen und um den Wiederaufbau des Reiches nicht schwer zu gefährden, hätte sich die Fraktion dazu verstanden, in die Einschränkung des Grundsatzes, daß die Nationalversammlung allein souverain sei, zu willigen. Für die endgültige Verfassung behalte sich die Fraktion volle Entschließungsfreiheit vor.

Namens der deutschen Demokraten erklärte von Payer: Meine Freunde erkennen die Notwendigkeit der Vorverfassung an. Erst bei Beratung der endgültigen Verfassung werden wir an die Prüfungsfrage herantreten können, wie zum Heil des Ganzen die überragenden Forderungen der Reichseinheit mit Rücksicht auf die historisch gewordene Eigenart der deutschen Stämme am besten vereinigt werden können. Unsere feste Zuversicht ist, daß uns Verständigung und ehrlicher Wille, die uns zu dem nicht leicht zustande gekommenen vorläufigen Entwurf verhalfen, auch eine endgültige Verfassung schaffen werden. Die Demokratische Partei wird geschlossen für die Vorlage und sofortige Durchberatung in zweiter und dritter Lesung stimmen.

Nach Pressemeldungen ist die Annahme des Gesetzentwurfes, dem auch das Zentrum und voraussichtlich anders Parteien zustimmen, gesichert.

Die Fraktion der Deutschen Demokraten in der Nationalversammlung.

Die Konstituierung der Fraktion der Deutschen Demokraten in der Nationalversammlung hat am Donnerstag stattgefunden. Es wurden gewählt: Abg. von Payer, 1. Vors., Abgeordneter Schiffer, 1. stellvertr. Vors., Abg. Naumann, 2. stellvertr. Vors., Abg. Petersen, 3. stellv. Vors., Abg. Fischbeck, Beisitzer, Abg. Gothein, Beisitzer, Abg. Dernburg, Beisitzer, Abg. Koch-Kassel, Beisitzer, Abg. Gertrud Bäumer, Beisitzer, Abg. Hartmann, Beisitzer, Abg. Frhr. v. Richthofen, Beisitzer, Abg. Weinhausen, Geschäftsführer, Abg. Delius, Geschäftsführer, Abg. Bruckhoff, Schriftführer, Abg. Heile, Schriftführer, Abg. Neumann-Hofer, Kassierer.

Kriegsschiffe als Handelsschiffe.

Die Zeit nach dem Kriege wird eine große Schiffsraumnot bringen, die besonders in Deutschland überaus stark empfunden werden wird. Da rückt der Prometheus den Gedanken nahe, ob nicht die älteren Kriegsschiffe, die jetzt für unsere Kriegsmarine ziemlich wertlos geworden sind, zu Handelsschiffen umgebaut werden könnten. Es kommen dafür in erster Linie Kanonenboote, alte kleine und Panzerkreuzer, einige Linienschiffe und verschiedene Hilfsschiffe in Betracht. Die ganz modernen Kreuzer und Linienschiffe könnten zu diesem Zwecke freilich nicht herangezogen werden, weil ihre allzu mächtigen Maschinenanlagen den Betrieb unverhältnismäßig verteuern würden. Man hat übrigens im Auslande bereits Versuche mit der Verwendung alter Kriegsschiffe für Handelszwecke gemacht. Südamerikanische Staaten ließen verschiedene Kriegsschiffe für Handelszwecke gemacht. Südamerikanische Staaten ließen verschiedene Kriegsschiffe entsprechend umbauen, und auch Nordamerika ist diesem Beispiel gefolgt. Es handelte sich dabei um den 1884 zu Wasser gelassenen kleinen geschützten Kreuzer „Boston", der 3000 Tonnen Wasserverdrängung hatte. Das Schiff wurde zu einem Frachtdampfer umgebaut. Man führte dazu die Außenhaut um etwa 2 Meter höher hinauf und brachte ein neues Deck an. Der vordere Schornstein wurde entfernt und vor dem hinteren eine Kommandobrücke aufgebaut, die langen Signalmasten wurden in zwei kurze Pfahlmasten mit Ladebäumen umgewandelt. Die Maschinenanlage blieb unverändert. So entstand ein schneller Frachtdampfer von ungefähr 4000 Tonnen Tragfähigkeit, der bereits verschiedene Reisen mit Ladung gemacht hat. Den Plan eines Umbaues von Kriegsschiffen für Handelszwecke hat man eben auch in der schwedischen Oeffentlichkeit erörtert. Dort wurde der Vorschlag gemacht, die beiden eben erst fertiggewordenen Linienschiffe „Gustav V." und „Drottning Viktoria" in Passagierdampfer umzuwandeln. Ueber dem alten Panzerdeck dieser Kriegsschiffe sollen die Wohnräume für die Passagiere liegen. Man könnte etwa 100 Personen erster Klasse, 119 zweiter Klasse und 158 dritter Klasse unterbringen, außerdem würde das Schiff noch etwa 3000 Tonnen Ladung tragen. Natürlich müßten die Geschütze vollständig entfernt und auch die Panzerung beseitigt werden. Es steht außer Zweifel, daß sich der Betrieb solcher ehemaligen Kriegsschiffe immer sehr teuer stellen wird, sodaß ihre Verwendung für die Handelsschiffahrt nur für wenige Jahre nach dem Kriege in Betracht kommt, so lange eben noch Schiffraumknappheit besteht und die Frachtraten hoch sind. Für diese Zeit aber ist die Anregung jedenfalls sehr beachtenswert. Bei einem Umbau der deutschen Kriegsschiffe würde es noch von Vorteil sein, daß man dazu die Reichswerften verwenden kann, deren Arbeiterzahl auf diese Weise noch einige Zeit zu halten ist. Für den Bau von eigentlichen Handelsschiffen müßten die Reichswerften erst besonders und zweckentsprechend umgebaut werden, doch würden sie sich auch dann noch, was den Betrieb anbelangt, weitaus kostspieliger gestalten als die Privatwerften.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 11. Februar 1919.

Hinweg mit ihnen.

Der bisherige Vorsitzende des hiesigen Vollzugsausschusses des Soldatenrates, der „unabhängige" Sozialdemokrat Raube, ist in den Vollzugsausschuß der Provinz Westpreußen gewählt worden. Die Thorner Bürgerschaft wird seinen vorzeitigen Abgang von hier aufs tiefste bedauern; — denn es bestand, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, in weitesten Kreisen der Bevölkerung und der Beamtenschaft ohnehin die Absicht, noch in dieser Woche den Rücktritt Raubes und seines Genossen Sokolowski zu fordern, da diese beiden durch ihre Wirksamkeit die Empörung und das schärfste Mißtrauen der deutschen Bevölkerung hervorgerufen haben. Auch in militärischen Kreisen hatte die Absicht, gegen diese Schädlinge vorzugehen, zweifellos Zustimmung gefunden.

Das Ansehen des A.- und S.-Rates hat durch die unerfreuliche Tätigkeit der Genannten ebenso sehr gelitten, wie seinerzeit durch das hanswurstartige Auftreten des „Schriftstellers" Ubrich, der sich als Leuchte des Soldatenrats zu gebärden beliebte.

Wir hoffen, daß es dem Vollzugsausschuß nunmehr gelingen wird, sein Schiff aus dem Fahrwasser der Unabhängigen in eine vernünftige, allen Kreisen der Bevölkerung gerecht werdende Richtung zu steuern. Denn, wie die Wahlen gezeigt haben, steht den radikalen Elementen keinerlei Recht zu, in ausschlaggebender Form über das Geschick unserer Stadt zu entscheiden, von deren Bevölkerung und Militär bei den Wahlen insgesamt wenig über hundert Stimmen für die Unabhängigen abgegeben wurden. Die verderbliche Tätigkeit der radikalen Elemente zeigte sich bisher in nahezu allen Beschlüssen des Vollzugsausschusses. Eigenmächtige Eingriffe in zivile und militärische Maßnahmen, dünkelhaftes Auftreten und vor allem das Hervortreten einer nicht einwandfrei regierungstreuen Gesinnung waren die äußeren Anzeichen dieser Mißwirtschaft, über die die allgemeine Entrüstung nun den Siedepunkt erreicht hat. Es ist unbedingt notwendig, daß den berechtigten Wünschen der Bevölkerung seitens des Vollzugsausschusses sofort Rechnung getragen wird. Nur auf diese Weise wird ein ersprießliches Wirken ermöglicht werden und der so notwendige Schutz unserer Stadt auf eine zuverlässige Grundlage gestellt. Erstes Erfordernis ist, daß Sokolowski sofort entfernt wird. Ihm begegnet man allseits mit dem größten Mißtrauen. Seine hetzerische Tätigkeit unter der Arbeiterschaft und dem Militär hat die Ruhe und Ordnung in der Stadt erheblich geschädigt. Wir erwarten, daß der Thorner A.- und S.-Rat Sokolowski entfernt und alsbald eine unumwundene Erklärung über seine Stellung zur Nationalversammlung und zu den von ihr beschlossenen Gesetzen öffentlich abgibt. Die deutsche Bevölkerung von Thorn steht fast ausnahmslos auf dem Boden der von der Nationalversammlung angestrebten Ordnung und lehnt es mit aller Entschiedenheit ab, sich weiter von Leuten vom Schlage Raubes und Sokolowskis am Gängelbande führen zu lassen.

Vielleicht finden wir noch Gelegenheit, in die Thorner Wirksamkeit Raubes tiefer hineinzuleuchten.

— **Militärisches.** Major Klette, Kommandeur des Grenzschutzabschnitts Bromberg, hat sich der 4. Inf.-Division zur Verfügung gestellt. Mit der Führung des Grenzschutzabschnittes Bromberg ist Oberstleutnant von Dewitz, früher Führer der 1. Abteilung Feldartillerie-Regiments 17, zuletzt Regimentskommandeur des Feldart.-Regts. 16, einstweilen beauftragt worden.

— **Die mobilen Divisionen Ost- und Westpreußens gegen den Zentralrat Ost.** Dem sogenannten „Zentralrat der Ostfront" ist folgendes Telegramm zugesandt worden: Sämtliche mobile Divisionen in Ost- und Westpreußen protestieren entschieden dagegen, daß der Zentralrat sich als Vertretung der Truppenverbände in diesen Provinzen aufspielt. Wir erkennen nur eine von uns selbst gewählte Vertretung an und fordern den sogenannten Zentralrat auf, baldmöglichst den Boden dieser Provinzen zu verlassen. Die mobilen Divisionen in Ost- und Westpreußen. Der Beauftragte Klapperich.

— **Zum Pfarrer an der Thorner Jakobskirche** hat der Bischof Dr. Augustinus Rosentreter in Pelplin den Pfarrer Stanislaus Pelka ernannt. Pfarrer Pelka war bisher Landpfarrer im Kreise Löbau.

— **Reifeprüfungen.** Unter dem Vorsitz des Gymnasialdirektors Ganske als staat-

lichen Kommissars fand heute vorzeitig die Reifeprüfung des Ostertermins am Gymnasium und Realgymnasium statt. Alle Prüflinge bestanden und zwar am Gymnasium die Oberprimaner Paul Horst, Gerhard Pfeiffer und Hermann Redetzky, am Realgymnasium die Oberprimaner Ferdinand Busse, Boleslaw Dombrowski, Friedrich Dopslaff, Anton Erdtmann und Wilhelm Stüwe. Die Abiturienten Horst und Erdtmann wurden von der mündlichen Prüfung befreit.

— **Paßzwang für die Kreise Thorn, Strasburg, Briesen und Teile des Kreises Graudenz.** Vordringen von Bolschewisten und Agenten der großpolnischen Bewegung aus Warschau über die Reichsgrenze hat es notwendig gemacht, daß für den genannten Bezirk Paßausweiszwang eingeführt ist. In diesen Gebieten muß auf Grund einer von der Regierung erlassenen Polizeiverordnung jede Person im Besitz eines mit Lichtbild versehenen Ausweises sein. Personen, die in diesen Bezirk einreisen wollen, müssen vorher die Genehmigung der zuständigen Behörden nachsuchen. Diese sind für den ganzen Bezirk, mit Ausnahme des Gouvernements Thorn, die Paßabteilung der 35. Inf.-Division in Goßlershausen, für den Bezirk des Gouvernements Thorn die Paßabteilung des Gouvernements Thorn. Um die Einreiseerlaubnis in die genannten Bezirke zu erlangen, muß diese bei den oben genannten Behörden nachgesucht werden, da nur diese zur Ausstellung zuständig sind. Bei Gesuchen um Einreiseerlaubnis muß der Grund angegeben werden, aus welchem die Einreise notwendig erscheint und der Betrag von 10 Pf. für Uebersendung des Formulars beigefügt werden. In besonders dringenden Fällen kann die Erlaubnis telegraphisch nachgesucht werden. Es muß dann aber angegeben werden, an welchem Tage und auf welchem Wege die Einreise erfolgen soll. Die Ausweise des Gouvernements und der Paßabteilung haben untereinander Gültigkeit.

— **Die Postzustellungen** trafen heute fast ohne Ausnahme verspätet ein. Wie uns von unterichteter Seite hierzu mitgeteilt wird, ist dieser Umstand auf die Umleitung der von Polen besetztes Gebiet durchquerenden Züge zurückzuführen. Der von Berlin hier morgens 6 Uhr erwartete D-Zug 23 war mittags noch nicht eingelaufen.

— **Ungültige Eisenbahnfreikarten.** Die Freikarten für die Mitglieder des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten sind nach Mitteilung der Eisenbahndirektion Bromberg nicht mehr als Fahrtausweis anzuerkennen. Die Freikarten für die Mitglieder des Reichstages und die Bevollmächtigten zum Bundesrat bleiben, wie zur Ausschließung jeden Mißverständnisses besonders hervorgehoben wird von dieser Anordnung unberührt und behalten bis auf weiteres ihre Geltung.

— **Tausendmarknoten.** An die Eisenbahnkassen des Bezirks Bromberg ist folgende Verfügung ergangen: Reichsbanknoten zu 1000 M. dürfen nicht mehr zu Zahlungen oder zur Einwechselung durch Privatpersonen verwendet werden, sondern sie sind ausnahmslos durch die Mutterstations- oder Vermittlungsstationskassen an die zuständigen Reichsbankanstalten abzuliefern.

— **Der Erzbischof von Posen-Gnesen an die polnische Geistlichkeit.** Der Erzbischof von Posen-Gnesen ermahnt in einem besonderen Erlaß die polnische Geistlichkeit zur Besonnenheit und Mäßigung in politischer Hinsicht. Der Erlaß sucht in einer den Tatsachen widersprechenden Weise die Ursache der polnisch-deutschen Kämpfe und die Beteiligung der polnischen Geistlichkeit zu erklären. Er lautet wörtlich: „Mit Beendigung des Krieges begannen für unsere Bistümer Zeiten der Unruhe ued Gefahr. Obwohl die Spannung der Gemüter und die Aufreizung der Nationalgefühle groß war, so wollten doch die Bewohner beider Nationalitäten nicht den Kampf und es wäre zum Kampf nicht gekommen, wenn sich nicht Elemente hineingemischt hätten, die unsere Verhältnisse nicht kannten. Die ausgebrochenen Kämpfe haben einen gehässigen Charakter angenommen." (Der Erzbischof scheint von dem planmäßigen Vorgehen der Polen, das darauf ausgeht, die Provinz Polen zu erobern, nichts zu wissen. Anm. der Schriftltg.) Es werden dann die Opfer unter der polnischen Geistlichkeit aufgezählt. Danach sind getötet: Pfarrer Sledzinski beim Ueberfall auf das Dorf Slupie bei Rawitsch und Pfarrer Rude aus dem Grenzgebiet der Bistümer Posen—Breslau. Verhaftet sind: Pfarrer Adalbert Spychalowicz-Ploniec und Schoenborn-Krostkowo, verhaftet und abtransportiert die Geistlichen: Kopczynski-Leszno, Lukowski-Kamionne, Kowalczyk-Wierzbno, Dekan Braun-Dombrowken, Gluth-Krzyk, Dr. Kontak-Posen, Dykier-Konkolewo und Pozorski-Zbarzewo. Geflohen sind die Geistlichen: Czechowski-Chodzisz Pilatowski-Pinne, Nowak-Drawsk, Graetz-Meseritz, Gorny-Wloszakowice, Ciemniak-Morgonin, Filipowski-Bentschen. Dann heißt es wörtlich: „Obwohl diese Vorgänge unter der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen haben, fordere ich die ehrwürdige Geistlichkeit auf, ihren ganzen Einfluß auszuüben, um das Volk von Racheakten abzuhalten. Inmitten der entfesselten Leidenschaften möge die Geistlichkeit Besonnenheit und Mäßigung an den Tag legen und sich ihrer Hauptaufgabe widmen die ihr Gott zugedacht hat: Verbreitung des Friedens unter den Menschen, der Eintracht und der christlichen Nächstenliebe."

— **Kein polnischer Konkurrenzhafen für Danzig.** Man schreibt uns aus Danzig: Von polnischer Seite wird Anspruch auf Danzig erhoben, obgleich man genau weiß, daß Danzig eine deutsche Stadt ist und bleiben will. Man fordert es aus wirtschaftlichen Gründen, weil es der Weichselmündungshafen und damit der gegebene Hafen für Polens Handel ist, ebenso wie Rotterdam als Rheinmündungshafen für Westdeutschland ausschlaggebende Bedeutung hat, Hamburg für Böhmen, den neuen Tschechenstaat, den gegebenen Hafenplatz bildet. Da man nun weiß, daß Danzigs Bewohner im allgemeinen sich nicht für den Anschluß an Polen begeistern können, so macht man den Versuch, sie durch den Gedanken einzuschüchtern, daß Polen sich noch einen anderen Hafen an der Ostsee bauen könnte. Die „Gazeta Gdanska" schrieb hierüber kürzlich folgendes: „Was der Begleiter Paderewskis über Danzig sprach. Der englische Oberst Wade, welcher mit Paderewski nach Danzig kam und sich dann nach Posen und Warschau begab sprach mit dem polnischen Minister des Auswärtigen Wasilewski über Danzig als über etwas, das unnachsichtlich den Polen gehört. Er gab auch die Versicherung, daß, falls Polen sich einen Hafen an einer anderen Stelle der Einbuchtung errichtet, dann Danzig, wenn es seinen Handel vom Untergang bewahren will, Polen bitten muß, von einem derartigen Vorhaben abzusehen." Ueber dieselbe Sache schrieb vor einigen Tagen die Berliner Polnische Zeitung der „Dziennik Berlinski": „Der Gedanke der Bildung eines künstlichen Hafens außerhalb Danzig wurde in Danzig mit großer Bestürzung aufgenommen." Wir können hierzu den Polen die solchen Unsinn verbreiten, die beruhigende Mitteilung machen, daß man in Danzig nur über solche Gedanken lacht. Der Blödsinn wird dadurch, daß er von einem Engländer stammen soll, nicht besser. Der Gedanke, einen Konkurrenzhafen für Danzig an der Ostsee zu bauen, ist ebenso spaßhaft, als wenn man den Versuch machen wollte den Mond an die Erde zu ketten damit er die Erde aus dem Bereich der Sonne wegschleppe. Man baut einen großen Hafen nicht an einem beliebigen Punkt der Küste. Danzigs Stellung beruht auf seiner Lage an der Mündung der Weichsel, und dieser Vorzug kann Danzig niemals entwunden werden. Selbst wenn es aber möglich wäre, mit einem Kostenaufwand von mehreren hundert Millionen Mark noch irgendwo anders an der Danziger Bucht einen neuen Hafen zu bauen, so könnte man die Weichsel nicht dahin ableiten. Jede Ablenkung des polnischen Handels von Danzig müßte Polens Wirtschaftsleben aufs schwerste schädigen. Polens Blüte hängt davon ab, daß es sich für seinen Handel des Danziger Hafens bedient. Die Danziger können daher vollständig beruhigt sein. Weit mehr noch als Danzigs Blüte von Polen abhängt, ist Polens Entwicklung von einer Verständigung mit Danzig beeinflußt.

— **Der Verein ehem. 21er** hielt am 8. d. Mts. im Tivoli einen Unterhaltungsabend ab, um den Mitgliedern mit ihren Angehörigen, sowie den aktiven Kameraden des Regiments 21 einige frohe Stunden zu verschaffen. Der 1. Vorsitzende, Herr Polizei-Obersekretär Bohn, begrüßte die zahlreich erschienenen Vereinsmitglieder mit ihren Angehörigen und hieß die aktiven Kameraden herzlich willkommen. Er streifte kurz die neue Zeit und ermahnte alle zur treuen Pflichterfüllung, dann werde auch unserem lieben Vaterland ein neuer Frühling erblühen. Redner schloß mit einem Hoch auf das neue Deutschland. Kamerad Offizier-Stellvertreter Mörschner dankte im Namen der aktiven Kameraden für die Einladung und wies besonders auf das treue und feste Zusammenhalten zwischen Verein und aktiven Kameraden hin. Seine Worte klangen in ein Hoch für den Verein aus. Einige zeitgemäße heitere Vorträge der Kameraden Schruhl, Schlieske und Thober trugen viel zur Unterhaltung bei und verursachten große Heiterkeit. Besonders gefielen sehr „Ohne Knochen, ohne Eier, ohne Fett" des Kameraden Schruhl und der musikalische Spaßmacher des Kameraden Schlieske, der mit Geschick und Talent eine Reihe Instrumente spielte. Bei einem Tänzchen blieben die Anwesenden noch einige Stunden fröhlich zusammen. — Anmeldungen zum Eintritt in den Verein werden von dem 1. Vorsitzenden, Polizeiobersekretär Bohn, dem 1. Schriftführer, Registrator Schindler, Bornstraße 18 und dem 1. Kassenführer, Gastwirt Puzig, Schillerstraße (Patzenhofer) entgegengenommen.

— **Wohltätigkeitskonzert auf dem Grützmühlenteich.** Wie aus dem Anzeigeteil ersichtlich, findet morgen, Mittwoch, nachmittag im „Eispalast" ein Militär-Streichkonzert statt, dessen Reinertrag für die Armen bestimmt ist. Außerdem wird dort ein Kunstläufer auftreten, dessen Vorführungen gefilmt werden sollen.

— **Stenographen-Verein Stolze-Schrey.** Wie aus dem Anzeigeteil ersichtlich, haben die Uebungsstunden des Vereins wieder begonnen. Weitere Anmeldungen zum Anfängerkursus werden noch Donnerstag abends in der Mädchen-Mittelschule, Gerechtestraße, entgegengenommen.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Mittwoch den 12. Februar 1919: Neblig, Temperatur wenig geändert.

Balkau. Räuberischer Ueberfall. Eine bewaffnete Bande drang in das Haus des Besitzers Krüger ein, forderte die Herausgabe etwa vorhandener Waffen und erpreßte durch Drohungen Geld.

Tempelburg. Ermordet wurde in Heinrichsdorf bei Tempelburg nach vorangegangenem Streite der Besitzersohn Paul Doege von dem Besitzer August Benzke, den er seinerzeit wegen eines Holzdiebstahls hatte bestrafen lassen. Der Mörder schoß D. von hinten durch den Leib und schlug dem Zusammenbrechenden so lange mit einem Knüttel über den Kopf, bis er tot war. Benzke ist verhaftet.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Herrn Raubes Stellung gegenüber der Regierung.

Zum Eingesandt des Herrn Raube in der Thorner Zeitung vom 7. Februar 1919.

Herr Raube stellt als Tatsache fest, daß kein einziger Protest an die Regierung abgesandt ist. Dann hat er sich aber in den Gegensatz der von ihm selbst vorgeschlagenen Beschlüsse der vereinigten A.- und S.-Räte in der Sitzung vom 23. Januar im Artushof gestellt. Diese gingen dahin, daß bei der Regierung der schärfste Protest gegen den Grenzschutz eingelegt werden sollte.

Herr Raube behauptet, der absolute Beweis wäre noch nicht erbracht, daß deutscherseits in Culmsee korrekt vorgegangen ist. Eine Begründung für diese Behauptung gibt er klugerweise nicht. Der Tatbestand, der für Culmsee vorliegt und der ihn zweifellos bekannt ist, dürfte folgender sein:

Die Regierung hat angeordnet, daß in Culmsee Truppen einquartiert werden sollten. Leutnant Roßbach erschien in Culmsee im Auto mit zwei Soldaten, um Quartier zu machen. Während er mit dem Magistrat verhandelte, bemächtigten sich polnische Soldaten des vor dem Rathaus stehenden Autos- fuhren bewaffnet mit demselben den deutschen Truppen entgegen und befeuerten sie. Dieser Vorgang steht fest und muß Herrn Raube al Vorsitzendem des A.- und S.-Rates bekannt sein. Der Zweifel, den Raube an der deutschen Korrektheit in Culmsee hat, kann also lediglich darin liegen, daß er der deutschen Regierung, die durch das Generalkommando 17. A.-K. allein die Anordnung für die Einquartierung in Culmsee getroffen hat, anscheinend nicht das Recht einräumt, in einer deutschen Stadt, denn eine solche ist doch Culmsee noch, deutsche Truppen einzuquartieren. Er mißbilligt also die Maßnahme der Regierung.

Bei der am 7. 2. a. c. in Tivoli abgehaltenen, von etwa 400 aktiven. Unteroffizieren besuchten Versammlung der Vereinigung der Berufs-Unteroffiziere hat die Versammlung auf Vorschlag ihres Vorsitzenden, des Feldwebels Hundt, einmütig gelobt, alle Elemente, die nicht hinter der Regierung stehen und die Anordnungen der Regierung nicht befolgen, mit allen Mitteln zu bekämpfen und zu beseitigen. Herr Hundt forderte als Zeichen das Einverständnis die Anwesenden, zu denen auch Herr Raube zählte, auf sich von den Sitzen zu erheben. Herr Raube erhob sich mit allen Anwesenden und hat sich demnach zweifellos der Aufforderung zur Bekämpfung aller gegen die Regierung stehenden Elemente angeschlossen. In seiner darauf gehaltenen Ansprache erklärte er ausdrücklich, daß der Thorner A.- und S.-Rat vollkommen auf demselben Standpunkt steht und auch nur die deutsche Regierung als allein regierungsberechtigt anerkennt, daß alle Elemente, die nicht hinter der Regierung stehen und diese stützen, sondern sie bekämpfen, beseitigt werden müßten. Wir sind daher der Meinung, daß jeder, der wie Herr Raube ausdrücklich mahnt, objektiv urteilt, zu der Ueberzeugung kommen muß, es kann niemand hinter einer Regierung stehen und diese stützen, wenn er ihre Maßnahmen öffentlich mißbilligt und ihre Korrektheit bezweifelt.

Was gedenkt nun Herr Raube zu tun?

Wenn er sich tatsächlich korrekter verhalten will als dies die Regierung nach seiner Ansicht getan haben soll, so wird er doch nicht anders können, als den A.- und S.-Rat, für den er die Erklärung für den Schutz der Regierung abgegeben hat, ersuchen müssen, ihn, da er nicht hinter der Regierung steht, von seiner Stelle zu entfernen, wenn er es nicht vorzieht, infolge seines so oft gerühmten objektiven Urteils, selbst zu gehen.

Mehrere Teilnehmer an der Versammlung der Vereinigung der Berufs-Unteroffiziere.

In der Stadtverordnetensitzung am 5. 2. entstanden wegen Zahlung der einmaligen Teuerungszulagen an Beamte Debatten. Ja, warum? Weil altbewährten Beamten etwas zukommen soll. Man hat aber in der Oeffentlichkeit nichts davon erfahren, daß den Mitgliedern des Thorner Soldatenrats große Extragratifikationen gezahlt werden. Der Magistrat hat am 6. 1. beschlossen, den Mitgliedern des Soldatenrats folgende tägliche Entschädigungen zu zahlen: Herrn Raube als Vorsitzenden 30 Mark, den Herren Böhme und Goldak je 20 Mark. So hat Herr Raube am 10. 1. für die rückliegende Zeit allein 910 Mark aus der Stadthauptkasse erhalten. Die hohen Summen werden bis auf weiteres täglich gewährt und weiter gezahlt. Warum werden solche Beschlüsse hinter verschlossenen Türen gefaßt? Haben wir Thorner Steuerzahler nicht das Recht, derartiges zu erfahren?

Gegen diese Maßnahmen protestieren wir auf das schärfste. Warum werden diese hohen Ausgaben der Stadt zur Last gelegt? Ist es nicht bekannt, daß die Soldatenratsmitglieder ihre Besoldung aus Militärfonds erhalten? Diese Besoldung ist gerade reichlich genug bemessen (20—25 Mark täglich.) Es ist doch klipp und klar entschieden, daß die Soldatenräte sich in Einrichtungen der Zivilbehörden überhaupt nicht hineinzumischen haben und ihnen dies untersagt ist. Warum sind die hohen täglichen Zuschüsse von seiten der Stadt nötig? Damit jedes Mitglied 50—60 Mark täglich hat.

Da die Thorner Bürgerschaft mit diesen Maßnahmen nicht einverstanden ist, erheben wir hiergegen schärfsten Protest und fordern den Magistrat auf, die bereits gezahlten Beträge wieder einzuziehen. Ferner bitten wir, für die Zukunft von derartigen Beschlüssen der Oeffentlichkeit Kenntnis zu geben.

Mehrere Thorner Bürger.

Anmerkung der Schriftleitung: Hierzu sei bemerkt, daß es einen Regierungserlaß gibt, wonach die städtischen Verwaltungen die Kosten der ihnen auferlegten Ueberwachung durch die A.- und S.-Räte zu tragen haben. Nicht der Magistrat, sondern die vorläufige Regierung ist somit für diese Einrichtung verantwortlich. Von den 30 Mark, die Herr Raube bekommt, bezahlt, soweit uns bekannt, die eine Hälfte die Stadt, die andere Hälfte der Landkreis. Zu den zwanzig Mark, die den Herren Böhme und Goldak zufließen, trägt die Stadt je zehn Mark bei, während die andere Hälfte dem Militärfiskus zur Last fällt. Darüber, daß eine durchgreifende Umgestaltung des gesamten Rätesystems erforderlich ist, ist man sich in weitesten Kreisen auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei einig, und man kann nur wünschen, daß die Nationalversammlung auf diesem Gebiete ganze Arbeit macht.

Neueste Nachrichten.

Einspruch der deutschen Waffenstillstandskommission gegen belgische Beschuldigungen.

Berlin, 11. Februar. (Drahtnachricht.) Die deutsche Waffenstillstandskommission hat Verwahrung gegen Inhalt und Ton einer vom belgischen Vertreter übergebenen Note über angebliche Ausschreitungen deutscher Soldaten eingelegt. Die Oberste Heeresleitung erklärt hierzu in einer Note, sie könne die einseitigen belgischen Feststellungen nicht anerkennen und müsse Verallgemeinerungen zurückweisen.

Eröffnung der Braunschweigischen Landesversammlung.

Braunschweig, 10. Februar. (Dr.) Die braunschweigische Landesversammlung wurde heute durch den Vorsitzenden des Landes-Arbeiter- und Soldaten-Rates mit einer Rede eröffnet, in der die Richtlinien für die Arbeiten dargelegt werden. Darnach werden dem Landtag Vorlagen zugehen, die die Sozialisierung betreffen. Die Gesetze, die bereits vom A.- und S.-Rat erlassen sind, so dasjenige über die Trennung von Staat und Kirche, gelten als unantastbar. Der A.- und S.-Rat gilt als oberste Behörde. Zum Präsidenten der Landesversammlung wurde Rechtsanwalt Dr. Jasper (Mehrheitssoz) gewählt. Es ist ein Antrag eingegangen, die Regierung wolle sich jeder Förderung des Planes der Gründung einer nordwestdeutschen Republik enthalten.

Die Nationalversammlung fordert die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen.

Weimar, 11. Februar. (Dr.). Der Nationalversammlung ist ein von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag zugegangen, in dem die deutsche Nationalversammlung Einspruch gegen die Zurückhaltung von Kriegs- und Zivilgefangenen erhebt und sich an das Gewissen der ganzen Welt wendet, sich mit ihr in der Forderung zu vereinigen, den Gefangenen die Heimat wieder zu geben. Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenze den Gruß der Heimat.

Von der Sozialistenkonferenz in Bern.

Bern, 10. Februar. (Dr.) Schweizerische Depeschenagentur. Die Aussprache über die Kriegsgefangenenfragen wurde in der heutigen Nachtsitzung der Internationalen Sozialistenkonferenz fortgesetzt und endete mit der Annahme einer Entschließung auf Heimbeförderung aller Kriegsgefangenen. Infolge allgemeiner Unruhe während der Aussprache vertagte Huysmann die Sitzung um 1 Uhr nachts.

Schlußsitzung des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Bern.

Bern, 10. Februar. (Dr.) Schweizerische Depeschenagentur. In der gestrigen Schlußsitzung des Internationalen Gewerkschaftskongresses wurde die Entschließung des Völkerbundsausschusses einstimmig angenommen. Ebenso die Entschließung der französischen Vertretung über die hauptsächlichen Aufgaben des Völkerbundes. Die Abhaltung eines weiteren Kongresses wurde beschlossen, Ort und Zeit aber noch nicht bestimmt.

Für die überaus zahlreichen Beweise von Anteilnahme an dem Hinscheiden meines lieben Sohnes sage ich hiermit auch im Namen der Hinterbliebenen

herzlichsten Dank.

Thorn, den 10. Februar 1919.

Martha Goewe.

Bekanntmachung.

Die nächste

Zahlung der Familienunterstützung

findet im Stadtverordnetensaal von 9 bis 1 Uhr vormittags statt und zwar:

am Freitag,	den 14. Februar,	für die Buchstaben	A bis K
„ Sonnabend	„ 15.	„ „ „ „	L „ R
„ Montag	„ 17.	„ „ „ „	S „ Z.

Vom 18. bis 27. Februar wird Familienunterstützung nicht gezahlt.

Thorn, den 10 Februar 1919.

Die Unterstützungs-Kommission. Der Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Auf dem städtischen Holzplatz wird

Klobenholz

1. Klasse zu 35,— Mk., 2. Klasse zu 25,— Mk. pro rm ab Platz verkauft.

Stubben stehen zu 10,— Mark pro rm zum Verkauf

Ferner sind **Nutzhölzer** (2 m lange Rundhölzer und Bohlen) sehr preiswert abzugeben.

Thorn, den 3. Februar 1919.

Der Magistrat.

Lehrling oder Lehrfräulein

mit guter Schulbildung für mein Kontor sofort gesucht.

Schriftliche Angebote an

A. Irmer,

— Culmer Chaussee 1. —

Kontoristin,

welche bereits praktisch tätig war, sicheres Rechnen und flottes Maschinenschreiben Bedingung, findet als Hilfskraft von sofort dauernde Stellung bei

Rosenau & Wickert,

Baugeschäft, Thorn.

Tüchtige Friseuse

kann sofort oder später eintreten.

J. Hoppe Nacht. F. Sieg,

Heiligegeiststraße 12.

Erteile Nachhilfestunden

Angebote unter 264 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wer erteilt

russ. Sprachunterricht?

Gefl. Angebote unter W. 261 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zahn-Atelier E. Hoernecke,

Neustädtischer Markt 11

Sprechstunden 9—1 u. 2—6 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr.

Lohnschnitt

für ein Vollgatter übernimmt

Georg Michel,

Dampfsägewerk u. Holzbearbeitungsfabrik, Thorn-Mocker, Fernspr. 661.

Alle Reparaturen

an Fahrrädern, Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Grammophonen u. aller Arten Waffen rc. werden schnell und sauber ausgeführt.

Lewandowski, Mocker,

Lindenstraße 8.

Taschenuhren,

deutsches Fabrikat, sofort lieferbar.

Angebote unter D. 454 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zu verkaufen:

Ueberzieher, Schaftstiefel, Gr. 42, Drellhose, dunkel, u. a. m.

Mellienstr. 3, 1, l. v. 10—12 Uhr vorm.

Zu verkaufen:

Herrengummischuhe Nr. 13, brauner Reitzaum, Pelzunterhose, Herrenschlittschuhe, vernickelt, Nr. 30, Ueberzieher, Pelzfausthandschuhe u. Säcke.

Jantz, Konduktstraße 29, 1.

Ein Nußbaumbüfett, ein Herrengummimantel und ein Paar getragene Herrenschuhe, Gr. 43,

billig zu verkaufen.

Zu erfragen Mellienstraße 28, 4.

Ein fast neuer Halbverdeckwagen sowie ein Jagdwagen

sind zu verkaufen.

Näheres **Viktoria-Hotel.**

1 Geldschrank,

1 Motorrad, 1 Schreibmaschine billig zu verkaufen. Angebote u. M. 262 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Roten, gelben, weißen

Möhrensamen, Wrukensamen,

sowie

rote u. gelbe Eckendorfer

Runkelsamen

hat abzugeben

Mendershausen & Levy,

Culmsee, Wpr.

Telefon Nr. 5 und 61.

Kaufe Briefmarkensammlung Angebote unter W. K. 263 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein guter Brillantring

zu kaufen gesucht. Angebote unter D 504 an die Geschft. d. Presse.

Gebrauchter

Rollwagen

einspännig, gesucht.

S. Jacob, Graudenz

Marienwerderstraße 9, Telefon 147.

Wachs

kauft „Anker"-Drogerie, Elisabethstr. 12/14.

Suche zu kaufen:

kleines Landgrundstück, bis 30 Morg. Beding. mass. Gebäude, Wiese und Obstgarten. Gertz, Graudenzerstr 218.

Kleines Hausgrundstück

mit Garten und Land zu kaufen gesucht. Angebote unter K. 36 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Suche sofort

Hausgrundstück

oder Landhaus in Thorn oder im Umkreis von Thorn, mit entsprechender Anzahlung. Gefl. Angebote an **Erich Boehnke**, Ersp.-Abtlg. Fußartl.-Regiment 11, Thorn.

Bettnässen

Befreiung sofort

Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos durch **Merkur-Versand Gustav Zwerenz, München 532 W.,** Neureutherstr. 13.

Bekanntmachung.

Der Wahlausschuß für die

Wahl zur preußischen Landesversammlung

im 2. Wahlkreise hat in der heute stattgefundenen öffentlichen Sitzung auf Grund der eingegangenen Wahlprotokolle folgendes Ergebnis festgestellt:

Es sind insgesamt 511 002 gültige Stimmen abgegeben worden und zwar

a.	für Wahlvorschlag Schröder . . .	22 708	Stimmen
b.	„ „ Schmiljan . . .	134 767	„
c.	„ „ Wende	145 193	„
d.	„ „ Behrendt	77 867	„
e.	„ „ Weissermel . . .	130 407	„

Es entfallen demnach auf

Wahlvorschlag Schröder	0	Sitze
„ Schmiljan	5	„
„ Wende	6	„
„ Behrendt	2	„
„ Weissermel	4	„

Nach der Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen sind hiernach gewählt:

Vom Wahlvorschlag Schmiljan:

1. Stadtsekretär Alfred Schmiljan, Danzig
2. Besitzer Berthold Moritz, Wilhelmsau, Kreis Kulm
3. Stadtrat Max Winkler, Graudenz
4. Techniker Georg Rebehn, Elbing
5. Justizrat Max Aronsohn, Thorn.

Vom Wahlvorschlag Wende:

1. Stadtrat Richard Wende, Bromberg
2. Soldatenrat Arthur Brill, Graudenz
3. Krankenkassenangestellter Eugen Sellin, Danzig
4. Anstaltsarzt Dr. med. Alfred Beyer, Neustadt
5. Dekonom Otto Peter, Elbing
6. Frau Tony Wohlgemut, Danzig.

Vom Wahlvorschlag Weissermel:

1. Vorsitzender der deutschen Kleinsiedelungsgenossenschaft Konitz Spezialkommissar Geh. Regierungsrat Franz Weissermel, Konitz
2. Generalsuperintendent D Wilhelm Reinhard, Danzig
3. Vorsitzender der Handwerkskammer des Regierungsbezirks Marienwerder, Schlossermeister Emil Hache, Graudenz.
4. Rektor Paul Matschkewitz, Danzig.

Vom Wahlvorschlag Behrendt:

1. Mittelschullehrer Joseph Behrendt, Danzig
2. Pfarrer Anton Sawatzki, Danzig.

Danzig, den 1. Februar 1919.

Der Wahlkommissar.

von Lieberman.

Bekanntgegeben.

Thorn, den 8. Februar 1919.

Der Magistrat.

Brennspiritusmarkenausgabe.

Die nächste Ausgabe findet:

Mittwoch, d. 12. Februar, im Verteilungsamt II, Brückenstr. 13

an die Inhaber der Bezugsausweise für

Säuglinge

statt und zwar:

auf die Nr. von	1 bis 200	in der Zeit von	9—10 Uhr
„ „ „ „	201 „ 400	„ „ „ „	10—11 „
„ „ „	über 400	„ „ „ „	11—12 „

Diejenigen, welche verhindert sind, die vorbezeichneten Zeiten innezuhalten, werden

von 12 bis 1 Uhr abgefertigt.

Zur Vermeidung eines übermäßigen Andranges wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Inhaber der **gelben** und **alten** Bezugsausweise diesmal **nicht** berücksichtigt werden können.

Alte und kranke Personen, welche aufgrund eines Attestes oder sonstwie glaubhaft nachweisen können, daß sie Brennspiritus zu Heilzwecken benötigen, wollen sich zwecks Eintragung in die Liste für einmalig Bezugsberechtigte im Verteilungsamt I, Culmerstraße 16, Zimmer 3, melden.

Die alten, von den Polizeirevierbeamten ausgestellten Ausweise verlieren damit ihre Giltigkeit.

Thorn, den 11. Februar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt

Gegründet 1812.

Die

Haupt-Agentur

Thorn, Seglerstraße 11, pt.

empfiehlt sich zur

Aufnahme neuer Anträge für Feuer- und Einbruch-Diebstahl-Versicherungen

Oskar Richter.

Sommerhüte

zum Pressen und Färben werden jetzt angenommen.

D. Henoch Nachf.

Altstädtischer Markt 24.

Flechten, Wunden, offene Füsse, Krampfaderleiden heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die **hautbildende** schmerz- und juckreizstillende „**Vater Philipp Salbe**". Preis 1.80 und 3,50 M.; erhältlich in Apotheken. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei **Tutogen-Laboratorium. Szittkehmen-Kominten 100.**

Turn-Verein „Jahn," Thorn-Mocker.

Mittwoch, den 12 Februar, abends 7½ Uhr im Bürgergarten

Hauptversammlung.

Alle aus dem Felde heimgekehrten Turner werden gebeten zu erscheinen.

Der Vorstand.

Deutschnationaler Volks-Verein.

Stadt- und Landkreis Thorn.

Am Freitag, den 14. Februar, nachm. 2½ Uhr:

Sitzung

des Vorstandes und sämtlicher Ausschüsse im kleinen Saale des Schützenhauses.

Tagesordnung:

Wahl von Vertretern zum Landesausschuß der deutschnationalen Volkspartei der Provinz Westpreußen.

Die Vorsitzenden unserer sämtlichen ländlichen Ortsgruppen, sowie die Vertreter unserer Parteimitglieder auf dem Lande, soweit sie noch nicht in Ortsvereinen organisiert, werden dringend gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Die Vorstands- und Ausschußmitglieder aus Thorn Stadt, denen die Teilnahme aus Berufsgründen erschwert ist, werden ersucht, wenigstens vorübergehend an den Beratungen teilzunehmen.

Der Vorstand.

Eis-Palast.

Mittwoch, den 12. Jannar, nachmittags 4—6 Uhr

groß. Militär-Streichkonzert

Auftreten eines Kunstläufers (Filmaufnahme).

Der Reinertrag ist für die hiesigen Armen bestimmt.

Hochachtungsvoll **Max Wisniewski.**

Neu für Thorn! Bis Freitag!

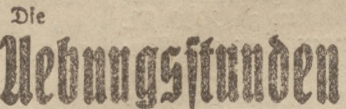
„JWA"

Das lebende Rätsel oder der sprechende Menschenkopf.

Brückenstraße 40

Professor **Fürst** mit seinen neuen Zaubereien.

H. Wassmann.



Die

Uebungsstunden

haben wieder begonnen und finden statt:

Kursus unter 100,
Montag u. Mittwoch 7—8 Uhr abds.

Kursus über 100,
Montag u. Freitag 7—8 Uhr abds.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey."

Thorner Schach-Verein.

Spielabende

jeden Donnerstag

ab 8 Uhr im Löwenbräu, Baderstr.

Gäste herzlich willkommen.

Anfängerkurse gratis. Anmeldungen dazu in der Buchhandlung **Max Gläser**, Gerberstraße 33 35.

Allgemeiner deutscher Sprachverein.

Zweigverein Thorn.

Vereins-Abend

Sonnabend, den 15. Februar,

abends 8½ Uhr,

im Vereinszimmer des Artushofes.

1. Mitteilungen aus der Vereinsarbeit.
2. Rechnungslegung.
3. Vorstandswahl.

Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

7 Zimmer-Wohnung

(Stall, Garten) für 100 Mark monatlich sofort zu vergeben. Angeb. u. St. 265 a. d. Geschst. dieser Ztg.

Stadt-Theater

Mittwoch, 12. Febr., nachm 2½ Uhr: Heiterer Nachmittag für Klein und Groß!

Ermäßigte Preise! Zum 2. Male!

„Max und Moritz".

Abends 6 Uhr:

Außer Abonnement! Zum 4. Male!

„Hannerl".

Donnerstag, 13. Februar, 6 Uhr:

Zum 4. Male!

„Das Dreimäderlhaus."

Freitag, 14. Februar, 6 Uhr:

„Fürstenliebe."

8 Zimm.-Wohnung

mit Zentralheizung und elektrischem Licht zu vermieten.

Näheres bei

Dr. Tarnowski,

Brückenstraße 11.

100 Mk. Belohnung

zahle ich demjenigen, der mir die Diebe nachweist, welche mir in der Nacht vom 9. zum 10. d. Mts. aus meinem Stall 3 **Pferdegeschirre, 2 Bracken von Kutschwagen** gestohlen haben.

Gustav Ackermann

Thorn III.

Auf dem Stadtbahnhof wurde am Sonntag früh aus dem Wartesaal eine

braune Handledertasche

mit Thermosflasche und ein Doppelfernglas von einem jungen Burschen

gestohlen.

Für Hilfeleistung bei der Ermittlung ist eine namhafte Belohnung ausgesetzt.